

„Ampas“ reagiert auf angedrohten Oscar-Boykott, Blizzard „Jonas“ legt die Ost-Küste lahm und über Präsident Obamas auf Eis gelegtes Immigrationsdekret wird der Oberste Gerichtshof entscheiden

Zusammenfassung der U.S. Berichterstattung vom 18. Januar bis zum 24. Januar 2016

(rs) In der vergangenen Januarwoche beschäftigte sich die U.S.-amerikanische Presselandschaft vor allem mit dem von afroamerikanischen Schauspielern angedrohten Oscar-Boykott, dem an der Ostküste wütenden Schneesturm Jonas und der Klage zahlreicher Bundesstaaten gegen Präsident Obamas Immigrationserlass.

Eine Woche nach den in der Öffentlichkeit kontrovers diskutierten Nominierungen für die 88. Oscarverleihung kündigte die Academy of Motion Picture Arts And Sciences (Ampas) am Freitag, dem 22. Januar, historische Veränderungen an. Hintergrund des angedrohten Boykotts und Gegenstand der Kontroverse waren nicht die Nominierten selbst, sondern vielmehr die Tatsache, dass, wie auch im Vorjahr, alle Nominierten „weiß“ sind. Der damit einhergehende Mangel an Diversität sei nur ein Spiegel des zu 94 Prozent weißen (und davon 77 Prozent männlichen) Wahlgremiums der Ampas und nicht Spiegel der im vergangenen Jahr dargebrachten Leistungen, so die *New York Times*. Genau dieser Mangel an Geschlechter- wie auch ethnischer Diversität soll nun durch angekündigte Änderungen behoben werden sagte die Präsidentin des Wahlgremiums, Cheryl Boone Isaacs. Diese beziehen sich auf die Zusammensetzung des zuständigen Wahlgremiums. Das neue Mitgliederreglement spricht unter anderem den bisherigen Mitgliedern ihr Stimmrecht auf Lebenszeit ab, verspricht eine Verdopplung ethnischer Minderheiten sowie weiblicher Mitglieder in den eigenen Reihen. Diese Änderungen sollen, einschließlich einer generellen „Verjüngung“ des im Durchschnitt 61-jährigen Gremiums, bis 2020 umgesetzt werden. Ein Schritt in die richtige Richtung, der jedoch eher Symptome als Ursachen der „Traumfabrik“ Hollywood bekämpft. Denn zur Wahl können nur jene Leistungen stehen, die auch von den großen Studios verfilmt wurden, wie die *New York Times* bemerkt.

Erhitzte Gemüter finden derzeit Abkühlung zur Genüge an der Ostküste, vor allem in Washington D.C und Umgebung. Nach einer Woche voller schwerer Schneestürme versuchen die Hauptstadt der U.S.A., die umliegenden Gebiete sowie Baltimore und Philadelphia das öffentliche Leben wieder in Schwung zu bringen. Dieses kam zum Erliegen, nachdem die Schneestürme der vergangenen Woche in Blizzard „Jonas“ ihren Höhepunkt fanden. Große Teile der öffentlichen Verkehrsnetze brachen zusammen, Behörden stellten ihre Tätigkeit ein, ebenso wie Schulen, und viele Geschäfte machten auf Grund der Warnungen gar nicht erst auf, so die *Washington Post*. Offizielle Angaben von Seiten der Landesregierung über die Dauer der Aufräumarbeiten wurden vorsichtig formuliert, mit Blick auf die gefallene Schneemenge - im Durchschnitt zweieinhalb Fuß (76 cm).

Genug Aufräumarbeiten stehen, laut *L.A Times*, auch auf politischer Ebene in Washington D.C. an. Als Folge eines im Winter 2014 im „Alleingang“ von Präsident Obama beschlossenen Immigrationsdekrets muss nun der Oberste Gerichtshof der Vereinigten Staaten eine Entscheidung fällen. Dazu kommt es weil 26 republikanisch regierte Bundestaaten erfolgreich gegen Obamas Dekret, das bis zu fünf Millionen illegale Immigranten vor der Abschiebung bewahrt hätte, klagten. Das in erster Instanz von einem Bundesgericht auf Eis gelegte Dekret soll sich gegen die „Take Care“-Klausel der Verfassung richten. Diese beschränkt die Vollmachten des Präsidenten und verpflichtet ihn getreu geltendem Recht zu handeln und sich diesem zu fügen, auch wenn er persönlich widerspricht. Genau diesen Verfassungsabsatz soll Obama mit seinem Erlass verletzt haben, indem er am US-Kongress vorbei per Dekret illegalen Immigranten eine Arbeitsgenehmigung ermöglichte, sofern deren Kinder die amerikanische Staatsbürgerschaft besitzen sowie seit mindestens fünf Jahren in den USA leben. Veranlassung und Rechtfertigung zu diesem Handeln sah Obama im aktuellen Zustand des amerikanischen Einwanderungssystems, dass er bereits in einer TV-Ansprache im Winter 2014 als desaströs rügte und auf Reformblockaden seitens der Republikaner hinwies. Die letztliche Entscheidungsgewalt liegt nun in der Händen des Obersten Gerichtshofes der Vereinigten Staaten. Eine Entscheidung wird für den Sommer – und damit noch vor den Präsidentschaftswahlen erwartet.

Hauptquellen:

<http://www.nytimes.com>

<http://www.washingtonpost.com>

<http://www.latimes.com>